

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



OSZE-Region – neue und alte Herausforderungen der Zivilgesellschaft

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Ohne Zivilgesellschaft kein Frieden und keine Sicherheit

2

dossier

Keine schnelle Lösung für die Konflikte im OSZE-Raum – Interview mit Christoph Lanz

Ein neues Instrument für die Menschenrechte: Die Selbstevaluation der OSZE-Vorsitzstaaten

Breite Abstützung schafft Akzeptanz

Durch die Augen der OSZE: Die Rolle der Zivilgesellschaft in Mediationsprozessen

Geschlechtsspezifische Gewalt und Konflikttransformation

Mehr Dialog mit der Zivilgesellschaft

Vermitteln in erstarrten aber akuten Konflikten im Südkaukasus

Durch Dialog Ideen generieren und Verständnis schaffen

3

erfahren
sie mehr
darüber

Von der «romantischen Phase» zum «vulgären Instrument» – Die Entwicklung von Russlands Beziehung zur OSZE

4

aktuell

KOFF-Trägerorganisationen

swisspeace / KOFF

5

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

editorial

Seit dem Ukraine Konflikt sprechen viele von einer Rückkehr des Kalten Krieges. Die Fronten zwischen dem Osten und dem Westen haben sich verhärtet. Gleichzeitig erscheinen neue Schwerpunktthemen wie Migration und Terrorismus auf der Agenda der OSZE. Mittendrin steht die Zivilgesellschaft.

Leidet diese unter einem so genannten «Shrinking Space» – also einem Rückgang des Handlungsspielraums? Was kann sie bei festgefahrenen Konflikten bewirken? Wie kann sie sinnvoll mit den Regierungen und der OSZE zusammenarbeiten? Mit diesen Fragen befasst sich diese Ausgabe des à propos. Das Magazin bietet dabei einen Mix aus Beiträgen von Schlüsselpersonen und Experten_innen in Bezug auf die OSZE sowie von Organisationen und der Schweizer Verwaltung die in der Region tätig sind.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Amélie Lustenberger

Ps: Der KOFF Jahresbericht 2017 widmet sich den Personen hinter KOFF. Diese berichten über Kunst, Frauen und Menschenrechte in der Friedensförderung. Lesen Sie den Bericht [hier](#).

schwerpunkt

Ohne Zivilgesellschaft kein Frieden und keine Sicherheit



OSZE-Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft in Wien am 6. Dezember 2017. Foto von Dragan Tatic

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist die weltweit grösste regionale Sicherheitsorganisation, mit 57 Teilnehmerstaaten, die eine Bevölkerung von einer Milliarde Menschen abdeckt – den ganzen Weg von Vancouver nach Wladiwostok. Die ursprüngliche raison d'être der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (bekannt als OSZE ab 1994) war es, während des Kalten Krieges als eine Dialogplattform zwischen dem Westen und dem Osten zu dienen und führte 1975 zu der Schlussakte von Helsinki. Die zehn Helsinki Prinzipien sind ein Kompromiss zwischen den Interessen des Westens und des Ostens zu dieser Zeit, welche die Menschenrechte und die fundamentalen Grundrechte als eine Voraussetzung für Frieden und Sicherheit festhalten sowie die Unverletzbarkeit der Grenzen und die territoriale Integrität von Staaten anerkennen. Seit Italien den Vorsitz der OSZE im Januar 2018 übernommen hat, wurde die raison d'être der OSZE etwas erweitert. Gemäss dem amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Italiens Aussenminister Angelino Alfano, soll die OSZE vermehrt auch als Brückenbauer im Mittelmeerraum (zwischen Norden und Süden) wirken – eine Region die den eurasischen Raum eher ergänzt als ausschliesst, insbesondere im Umgang mit Fragen zu Migration, sowie Extremismus und Terrorismus.

Herausforderungen der Zivilgesellschaft auf multilateraler Ebene der OSZE

In den letzten vier Jahrzehnten hat die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle in der Dokumentation, der Überwachung und der Berichterstattung zur Umsetzung der Schlussakte von Helsinki und den entsprechenden Verpflichtungen, v. a. in der menschlichen Dimension, gespielt. Die Informationen der Zivilgesellschaft haben zudem zu frühzeitigen Warnungen, Konfliktprävention- und Transformation sowie einer Rehabilitation nach Konflikten beigetragen. Die aktuellen Modalitäten der Beteiligung der Zivilgesellschaft in OSZE-Veranstaltungen garantieren NGO-Vertretenden das Recht teilzunehmen und auf Augenhöhe mit den Teilnehmerstaaten in Überprüfungskonferenzen, Umsetzungsmeetings und Seminaren der menschlichen Dimension mitzureden. Dies unter der Bedingung, dass sie sich beim Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) registrieren. Aktuell sind diese Modalitäten aber in Gefahr, weil gewisse Staaten neue Regeln und Prozeduren einführen möchten, um die Partizipation der Zivilgesellschaft einzuschränken. Diese Regierungen können somit zivilgesellschaftliche Stimmen ausschliessen z.B., weil sie auf nationaler Ebene nicht registriert sind, sie zu wenig «relevante Expertise» besitzen oder ihnen nachgesagt wird «Extremismus» und «Terrorismus» zu unterstützen. Solche «Sicherheitsprüfungen» widerspiegeln eine beunruhigende Tendenz hin zur Einschränkung der Handlungsspielräume von zivilgesellschaftlichen Akteuren innerhalb vieler Teilnehmerstaaten.

Herausforderungen der Zivilgesellschaften in der OSZE-Region

Die folgende Übersicht der Herausforderungen der Zivilgesellschaft in der OSZE-Region basieren auf Informationen und Dokumenten des OSZE-Netzwerks «Civic Solidarity Platform»:

Die anhaltende Sicherheits- und Menschenrechtskrise in und um die Ukraine sowie weitere langwierige Konflikte bleiben ein Hauptanliegen. Die Zivilgesellschaft bemüht sich weiterhin zur Konflikttransformation sowie zur Rehabilitation nach Konflikten beizutragen und warnt bei Spannungen mit Konfliktpotential.

Zunehmende Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit, der friedlichen Versammlung und der friedlichen Meinungsäußerung sowie wachsende Sicherheitsbedrohungen für die Akteure der Zivilgesellschaft, ihre Bewegungsfreiheit und das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren haben zu einer erheblichen Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums in der gesamten OSZE-Region geführt.

Solche Einschränkungen werden oft mit der Souveränität der Staaten, Sicherheitsanliegen, dem Schutz vor «äusserer Einmischung in interne Angelegenheiten», dem «Kampf gegen Extremismus und Terrorismus» sowie dem Schutz von «traditionellen Werten» gerechtfertigt.

Neben der Einschränkung der Meinungsfreiheit sind Falschinformationen, welche vor allem auf Migranten_innen, LGBTI-Personen, Menschenrechtsverteidiger_innen und Frauen abzielen, vermehrt ein beunruhigendes Problem. Viele OSZE-Staaten treffen auch nicht die nötigen Massnahmen, um diesen Missbräuchen und Bedrohungen vorzubeugen, zu ermitteln und zu bestrafen. Oft sind die Staaten sogar selbst daran beteiligt.

In einigen OSZE-Staaten sind auch ernstzunehmende Angriffe auf die Verfassung im Gange.

Mehrere Referenden wurden lanciert, welche die Macht der Exekutiven erhöhen und die Kontrollinstanzen einschränken. Diese Verfassungskrisen illustrieren die Bedrohung, welcher die Rechtsstaatlichkeit, die fundamentalen Freiheiten und die Demokratie ausgesetzt sind.

Stark rechtsorientierte und populistische Parteien haben in der ganzen OSZE-Region an Macht gewonnen und verwenden eine intolerante Rhetorik, die den Fokus auf nationale Souveränität, Sicherheit und traditionelle Werte anstelle von Individualrechten legt. Die Anti-Flüchtlings Stimmung, Xenophobie und Hate Speech haben zugenommen.

Terroranschläge haben zu Anti-Terror-Gesetzen geführt, welche mehr Sicherheit auf Kosten von individuellen Freiheiten verlangen. Viele dieser Gesetze lassen Raum für Falschinterpretationen und Missbräuche, die auf Minderheiten, Oppositionsführer_innen und die Zivilgesellschaft abzielen. Andere Gesetze verletzen durch Überwachung und temporäre Machterweiterungen z.B. anhand eines Dauer- Ausnahmezustands, die Privatsphäre und Sicherheit der Einzelpersonen.

Alarmierend ist auch der zunehmende Einsatz von Folter und der Anstieg an Fällen des «Verschwindenlassens» von Personen. Die Schuldigen werden kaum zur Rechenschaft gezogen, was ein Indiz dafür ist, dass diese Taten systematisch begangen werden.

Zurück in die Zukunft

Das Problem des schrumpfenden Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft gefährdet die Effektivität, die Glaubwürdigkeit und die raison d'être der OSZE. Dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Zivilgesellschaft die Foren der OSZE mehr denn je braucht, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Wenn die Zivilgesellschaft nicht mehr wirkungsvoll arbeiten kann, wird nicht nur die Demokratie untergraben, sondern auch die Arbeit der OSZE selbst, denn viele wichtige Informationen von unten und Pionierideen in Bezug auf die Umsetzungen der OSZE-Verpflichtungen stammen aus der Zivilgesellschaft. Die jüngsten Versuche der OSZE-Teilnehmerstaaten, die Beteiligung von NGOs einzuschränken, widerspricht diesen Zielen und ist ein Indiz dafür, dass die Stabilität und der Frieden in der OSZE-Region in Gefahr sind. Die Teilnahme der Zivilgesellschaft, welche übergreifende Probleme zur menschlichen Sicherheit anspricht, ist ein wichtiges Element der inklusiven Sicherheitsagenda der OSZE und trägt längerfristig bedeutend zur Konfliktprävention, einer Demokratisierung und Friedensprozessen bei.

[swisspeace](#)

Natascha Cerny

natascha.cerny@swisspeace.ch

Program Officer, Policy & Platform

[links](#)

- [Civic Solidarity Platform \(auf Englisch\)](#)
- [OSCE Fact sheet \(auf Englisch\)](#)
- [CSP statement – Safeguarding civil society participation in the Helsinki process - a matter of the OSCE's raison d'être \(auf Englisch\)](#)
- [Outcome documents of the OSCE Parallel Civil Society Conference, Hamburg, 6-7 December 2016 \(auf Englisch\)](#)

- Civil society recommendations to the participants of the OSCE Ministerial Council Meeting in Vienna (December 2017, auf Englisch)
- Vienna Declaration on Preventing Security Measures from Eclipsing Human Rights (auf Englisch)

dossier

Keine schnelle Lösung für die Konflikte im OSZE-Raum – Interview mit Christoph Lanz



Sommerschule «Challenge History» 2017 in Mostar. Foto der Schweizerischen Helsinki Vereinigung

Christoph Lanz ist Präsident der Schweizerischen Helsinki Vereinigung (SHV), eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte in der Schweiz und im Ausland einsetzt. Die SHV ist mit zahlreichen Helsinki Komitees aus anderen OSZE-Staaten in der Civic Solidarity Platform (CSP) vernetzt. Im Interview erzählt er, weshalb die OSZE in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen hat und was NGOs in der Region bewirken können.

Die SHV arbeitet unter anderem mit Jugendlichen im Westbalkan. Ziel des Projektes ist es, Begegnungen zu ermöglichen. Können Sie uns mehr darüber erzählen?

Seit 2007 führt die SHV Seminare in der Schweiz und im Westbalkan durch. Studierende diskutieren dort über demokratische Rechte, Medienfreiheit, Konfliktlösungen und Vergangenheitsbewältigung. Das Projekt wurde im Rahmen der Sommerschule «Challenge History» auf Schülerinnen und Schüler erweitert. Diese fand im Juli 2017 in Mostar (Bosnien-Herzegowina) zum ersten Mal statt. Rund 20 Teilnehmende aus drei Ländern befassten sich (unter der Leitung von Experten_innen) mit der Geschichte des Westbalkans. Dabei wurden auch spielerische Elemente eingesetzt: Z.B. wurde das Gerichtsverfahren nach dem Attentat von Sarajevo im Jahr 1914 auf den österreichischen Thronfolger nachgeahmt. Die eine Hälfte verkörperte die Verteidigung und die andere die Anklage. Dies half den Schülern_innen sich in die andere Seite hineinzusetzen. Der Geschichtsunterricht im Westbalkan ist oft sehr nationalistisch geprägt. Das Projekt soll den Schülern_innen eine weltoffeneren Sichtweise vermitteln. Zudem war es schön zu sehen, dass sich die Teilnehmenden auch neben dem Unterricht anfreundeten und gemeinsamen Aktivitäten nachgingen.

Welche weiteren Projekte plant die SHV?

Die erste Sommerschule war ein grosser Erfolg. Deshalb möchten wir sie dieses Jahr im Kosovo und nächstes Jahr in Serbien erneut durchführen. Weitere Projekte im Ausland sind aufgrund mangelnder Ressourcen leider nicht möglich. Die SHV ist aber auch in der Schweiz im Rahmen des Geschichts- und Staatskundeunterrichts tätig. Wir führen Schulbesuche durch, bei denen wir über die Herausforderungen der OSZE, die Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten, die Freiheitsrechte, Demokratie und den Rechtsstaat sprechen. Ein Ziel ist es, diese Besuche zu intensivieren und zu professionalisieren. Am 24. August findet zudem die Jahresversammlung der SHV statt, an die alle herzlich eingeladen sind. Thomas Greminger, Generalsekretär der OSZE, wird über aktuelle Herausforderungen der OSZE referieren.

Sie haben die fehlenden Ressourcen angesprochen, womit wir gleich bei der nächsten Frage wären: Wo sehen Sie die aktuellen Herausforderungen der SHV?

Die Sommerschule kann nur in enger Zusammenarbeit mit lokalen NGOs durchgeführt werden. Die Koordination mit diesen ist wegen der räumlichen Distanz und den unterschiedlichen Sprachen und Erfahrungen nicht immer einfach. Ausserdem ist es schwierig, Sponsoren für solche Projekte zu finden.

Vielfach hört man, dass der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren abgenommen hat. Ist die SHV auch davon betroffen?

Die SHV wird in ihrer Arbeit im Westbalkan nicht behindert. Dies liegt vermutlich daran, dass eine Sommerschule die Staaten kaum bedroht, während die Arbeit von anderen NGOs, die Regierungen direkt herausfordert. Wir leiden indirekt am zunehmenden Misstrauen zwischen den Staaten, welches z.B. zusätzliche bürokratische Hürden verursacht. Beispielsweise mussten die Schüler_innen aus dem Kosovo für ein Visum nach Mostar mit ihren Eltern vorher nach Mazedonien reisen.

Wir hören zudem von anderen Organisationen – auch aus der CSP –, dass sie unter dem «Shrinking Space» der Zivilgesellschaft leiden. Viele Menschenrechtsverteidiger_innen und

NGOs sind erheblichen Schikanen und sogar der Verfolgung ausgesetzt. Besonders prekär ist die Lage in Russland, in einigen Staaten Zentralasiens und der Türkei. Es schmerzt uns natürlich, wenn unsere Schwesterorganisationen so unter Druck geraten.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern_innen und den Konflikten im OSZE-Raum?

Die wachsende Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern_innen ist eine Folge der zunehmend autoritären und nationalistischen Regierungen in der Region. Staaten die aggressiv gegenüber anderen Staaten auftreten, unterdrücken meist auch im Inland die Minderheiten und alles, was sich ihrem Vorgehen widersetzt. Sie fordern eine nationalistische Sichtweise. Von dort ist es ein kleiner Schritt zur Einschränkung der Menschenrechte. Gute Beispiele sind die Konflikte in der Ukraine, in Armenien und in Aserbaidschan.

Sie haben den Ukraine-Konflikt angesprochen. Was können NGOs in Bezug auf solche «frozen conflicts» bewirken?

NGOs in den Konfliktregionen der OSZE sind sehr aktiv, auch wenn sie gleichzeitig stark unter Druck stehen. Sie setzen sich beispielsweise für einzelne Menschenrechtsverteidiger_innen ein, die im Gefängnis sind oder sonst bedrängt werden. In diesem Bereich können sie auch immer wieder Erfolge vorweisen. Anhand von Petitionen, Eingaben und Aufrufen, die unter den NGOs – auch im Rahmen der CSP – ausgetauscht werden, erzeugen sie Druck auf die Regierungen.

Seit dem Ukraine-Konflikt sprechen viele von einer Rückkehr des Kalten Krieges. Teilen Sie diese Einschätzung?

Der Ukraine-Konflikt hat die Spannungen zwischen Russland und den westlichen Staaten verstärkt und die Zusammenarbeit innerhalb der OSZE erschwert. Gleichzeitig hat die OSZE durch den Ukraine-Konflikt aber auch wieder an Bedeutung gewonnen. Sie hat kurz nach Ausbruch des Konflikts eine Sondermission (SMM) in die Ukraine entsandt. Diese wirkt sich an der Grenze der kritischen Regionen deeskalierend aus. Die SMM kann zwar nicht direkt eingreifen, doch allein ihre Präsenz hat einen positiven Einfluss, indem sie Ereignisse beobachtet und meldet. Sie funktioniert ähnlich wie die Blauhelme der UNO. Hinzu kommt, dass unter der OSZE die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien stattfinden, welche bereits mehrmals zu einer befristeten Waffenruhe geführt haben. Dank diesen konnte das Leben der betroffenen Bevölkerung wenigstens ein bisschen erleichtert werden, z.B. indem zerstörte Wasserleitungen repariert wurden. Insofern kann man sagen, dass die OSZE ihre Rolle als Vermittlerin zwischen Ost und West in dieser Krise erfüllt.

Die Schweiz präsidierte 2014 die OSZE. Welche Auswirkungen hatte dies auf die SHV und die OSZE?

Die SHV konnte 2014 und 2015 sehr intensiv mit dem EDA zusammenarbeiten. Zudem waren wir an einer Arbeitsgruppe von Schweizer NGOs beteiligt. Für die Schweiz generell war der Vorsitz sicherlich ein Erfolg. Sie hat als erstes Land den Vorsitz auch als Auftrag verstanden, die eigene Menschenrechtssituation zu evaluieren. Damit hat sie einen Trend gesetzt, der nun weitergeführt wird. Dass mit Thomas Greminger ein Schweizer zum

Generalsekretär der OSZE gewählt wurde, hat sicher auch mit dem Engagement der Schweiz zu tun.

Aktuell hat Italien den Vorsitz der OSZE und setzt den Themenfokus auf die Migration und Terrorismus. Welche Rolle spielen NGOs in diesen Themenbereichen?

Bereits vor Italiens Vorsitz waren viele NGOs in der Flüchtlingshilfe aktiv. In Bezug auf die Terrorbekämpfung setzen sich die NGOs insbesondere gegen den einhergehenden Missbrauch ein. Mehrere Staaten nutzen den Kampf gegen den Terror um Menschenrechtsverteidiger_innen sowie andere kritische Stimmen zu unterdrücken. Viele NGOs geben hier Gegensteuer. Die CSP hat zu diesem Thema im Dezember 2017 die «Erklärung von Wien» erarbeitet. Diese verlangt, dass Sicherheitsmassnahmen bei der Terrorbekämpfung nicht für Einschränkungen der Menschenrechte missbraucht werden.

Wie sehen Sie die Zukunft der OSZE?

Ich denke nicht, dass es eine schnelle Lösung für die Konflikte im OSZE-Raum gibt. Allerdings wird die OSZE weiterhin eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, dass die Konflikte nicht weiter eskalieren und die Situation der betroffenen Menschen erleichtert wird.

[Schweizerische Helsinki Vereinigung](#)

Christoph Lanz

christoph.lanz@shv-ch.org

[links](#)

- [Schweizerische Helsinki Vereinigung](#)

dossier

Ein neues Instrument für die Menschenrechte: Die Selbstevaluation der OSZE-Vorsitzstaaten



Diskussion der Selbstevaluation in Belgrad im Dezember 2015. Foto von swisspeace

Die Schweiz hat 2014, als sie den OSZE-Vorsitz innehatte, eine Pionierleistung erbracht: die Evaluation der eigenen Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der sogenannten «menschlichen Dimension» (Menschenrechte und Demokratie). Das Konzept kam allerdings von der Zivilgesellschaft, insbesondere vom Netzwerk Civic Solidarity Platform. Die Selbstevaluation ermöglicht den jährlich wechselnden Vorsitzstaaten, mit gutem Beispiel voranzugehen. Im Menschenrechtsbereich neue OSZE-Verpflichtungen zu schaffen, ist in politisch verhärteten und menschenrechtlich prekären Zeiten fast unmöglich geworden. Deshalb legte die Schweiz ihr Gewicht auf die Umsetzung bestehender Verpflichtungen.

Der Staat führt die Selbstevaluation nicht selbst durch, sondern gibt sie in Auftrag. In der Schweiz untersuchte das SKMR (Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte) die Themenbereiche

- Wahlbeobachtung
- Intoleranz: Hate Crimes und Intoleranz
- Meinungsäusserungsfreiheit
- Menschenhandel
- Gender / Gleichstellung

Grössere Defizite traten zu Tage, etwa in der Frage der intransparenten Politikfinanzierung, dem in vielen Kantonen gemessen an OSZE-Standards restriktiv geregelten Demonstrationsrecht oder den bekannten Defiziten in der Gleichstellung der Geschlechter. Diese und weitere Lücken im Menschenrechtsschutz wurden auch in einem kritischen NGO-Bericht betont. Ein solcher ist unterdessen – wie auch die Stellungnahmen der staatlichen Verwaltung – zum integralen Teil der Evaluationen geworden. Ein Follow-up, das diesen Namen verdient, hat die Selbstevaluation aber nicht erfahren. Die Schweiz war Pionierin der Form, nicht der inhaltlichen Auseinandersetzung.

Serbien 2015, Deutschland 2016, Österreich 2017 und derzeit Italien haben den Ball aufgenommen und eigene Evaluationen durchgeführt. Auch dank dem konstanten Lobbying der Menschenrechtsorganisationen der jeweiligen Staaten und auf OSZE-Ebene wird das Format laufend diskutiert und verändert. In der Verschränkung mit anderen Menschenrechtsverfahren, in der stärkeren Kooperation mit der engagierten OSZE-Menschenrechtsabteilung ODIHR und in der verbindlichen Planung eines Umsetzungsprozesses liegt noch viel Potenzial.

humanrights.ch

Matthias Hui

matthias.hui@humanrights.ch

links

- [Civic Solidarity Platform \(auf Englisch\)](#)
- [SKMR: OSZE-Selbstevaluation der Schweiz](#)
- [EDA: OSZE-Selbstevaluation Schweiz 2014](#)
- [Selbstevaluation Serbien 2015 \(auf Englisch\)](#)
- [NGO-Bericht Serbien 2015 \(auf Englisch\)](#)
- [Selbstevaluation Deutschland 2016](#)
- [Selbstevaluation Österreich 2017 \(auf Englisch\)](#)

dossier

Breite Abstützung schafft Akzeptanz



Im Fach «Civic Education» lernen Schülerinnen und Schüler, was es für ein friedliches Zusammenleben in einem Land benötigt. Foto von der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi / Peter Käser

Interethnische Schulaktivitäten und verbesserte Lehrpraktiken – mit diesem Hauptfokus fördert die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi in Mazedonien das gegenseitige Verständnis der Zivilgesellschaft.

In Mazedonien leben Kinder unterschiedlicher Ethnien in verschiedenen Welten. Die Unterteilung startet bereits in den Gemeinden, wo Zugehörige unterschiedlicher Kulturen in verschiedenen Gebieten wohnen. Das spiegelt sich auch im Bildungssystem wider, wenn Kinder ethnisch getrennte Schulen besuchen.

Die Partnerschaft zwischen der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi und der lokalen Organisation Macedonian Civic Education Centre (MCEC) trägt, in enger Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium, seit 2012 dazu bei, die interkulturelle Bildung auf Schul-, Gemeinde- und nationaler Ebene zu fördern. «Zu Beginn war es herausfordernd, Schulen und Lehrkräfte davon zu überzeugen, für den gemischten Unterricht zusätzliche Aufwände auf sich zu nehmen», sagt die Länderverantwortliche Azbija Memedova. Mittlerweile sei das Vertrauen in die Arbeit der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi gewachsen.

Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass man sich der Integration der interkulturellen Bildung von verschiedenen Seiten angenähert hat. Das Projekt konzentriert sich zwar auf die Begegnungen zwischen Schülerinnen und Schülern sowie auf die Ausbildung von Lehrkräften, involviert aber alle Anspruchsgruppen vom Schulrat bis zu den Eltern. Auf institutioneller Ebene wird die Einbindung von interkultureller Bildung in interne Schulvereinbarungen unterstützt. Zusammen mit dem Bildungsministerium wird der Lehrplan für Staatsbürgerkunde überarbeitet, um interkulturelle Themen entsprechen zu integrieren.

Aktuell profitieren an 27 Primarschulen in ganz Mazedonien über 4'000 Schülerinnen und Schüler von den gemischten Schulaktivitäten. 635 Lehrkräfte verbessern in spezifischen Trainings ihre Methodik. Bis Ende 2019 soll das Projekt über 12'000 Kinder und Jugendliche und 800 Lehrerinnen und Lehrer erreichen.

[Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#)

Christian Possa

c.possa@pestalozzi.ch

Fachperson Kommunikation

[links](#)

- [Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#)
- [Macedonian Civic Education Center \(auf Englisch\)](#)

Durch die Augen der OSZE: Die Rolle der Zivilgesellschaft in Mediationsprozessen



Thomas Greminger, Generalsekretär der OSZE. Foto von OSZE/Micky Kroell

Die OSZE ist eine Dialogplattform, welche friedliche Konfliktlösungen anhand ihrer Konfliktmanagement-Instrumente, wie Dialogförderung und Mediation, fördert. Um dieses Ziel zu erreichen, befasst sie sich mit den Grundursachen von Instabilität und fördert friedliche und konfliktresistente Gesellschaften. Zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) sind wichtige Partner der OSZE. Sie können die OSZE frühzeitig vor steigenden Spannungen warnen, Dialoge fördern, Konflikte in der ersten Phase eindämmen, anhand von sozialem Engagement zu Versöhnungsprozess beitragen sowie tolerante und friedliche Gesellschaften fördern. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle, wenn es darum geht Frauen in der Friedensförderung miteinzubeziehen. Denn NGOs bieten Plattformen die Frauen stärken und ihrer Stimme Gehör verschafft.

Hinzu kommt, dass NGOs wichtige Beiträge in Friedensprozessen leisten können, die von der OSZE geleitet werden, wie z.B. im Transnistrienkonflikt. Sie können die Legitimität solcher Prozesse fördern, Vertrauen zwischen den verfeindeten Parteien schaffen und die Beteiligung erhöhen, indem sie sicherstellen, dass unterschiedliche Gesellschaftsschichten bei den Verhandlungen präsent sind. Somit verhelfen sie auch bei der Umsetzung von potentiellen Lösungsansätzen zu mehr Akzeptanz und Nachhaltigkeit.

Allerdings muss die Arbeit mit NGOs immer kontextspezifisch und konflikt sensitiv sein. Die Zusammenarbeit mit NGOs ist nicht die Lösung für alles, sondern kann sogar hinderlich sein. Oft werden NGOs im öffentlichen Diskurs als friedensfördernd angesehen. Dadurch wird schnell übersehen, dass gewisse NGOs einer Konfliktpartei angehören und somit eher ein Problem als eine Lösung darstellen. Dies ist vor allem in konflikt betroffenen Gesellschaften der Fall. Dort können NGOs als Vertreter von Konfliktparteien agieren und die Repräsentation von deren Interessen am Verhandlungstisch erhöhen. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Legitimität von NGOs und hindert deren Integration in offizielle Friedensprozesse.

Zudem sind sich verschiedene NGOs in wichtigen Themen oft uneinig. Was ein weiteres Hindernis darstellt, wenn es darum geht NGOs in Friedensprozesse zu integrieren. Es gibt viele Beispiele von Friedensinitiativen, bei denen zivile Akteure integriert wurden, ohne dass diese sich zuvor auf eine Position und auf ihre Forderungen einigen konnten. Das Resultat waren stark gespaltene Gruppen, die von den Konfliktparteien einfach zu manipulieren und zu instrumentalisieren waren. Solche Situationen sind Gründe, NGOs nicht in Friedensprozessen miteinzubeziehen.

Die OSZE muss sich dessen bewusst sein, wenn sie in der Konfliktprävention- und resolution mit NGOs zusammenarbeiten will. Aktuell konzentriert sich die Zusammenarbeit auf jene NGOs, welche die Verpflichtungen und Prinzipien der OSZE teilen. In diesem Sinne sollten gleichgesinnte NGOs sich zusammenschließen und sich koordinieren, damit ihre Stimme gehört wird und sich positiv auf Konfliktlösungen auswirken können. Weil solche Überlegungen in OSZE Mediationsprozesse miteinbezogen werden, können solide Rahmenbedingungen für eine friedliche Beseitigung von Konflikten und Streitigkeiten geschaffen werden.

OSZE

Thomas Greminger

press@osce.org

Generalsekretär der OSZE

links

- [offizielle Webseite der OSZE](#)
- [Buch: Understanding the Mediator: Taking Stock of the OSCE's Mechanisms and Instruments for Conflict Resolution \(auf Englisch\)](#)

dossier

Geschlechtsspezifische Gewalt und Konflikttransformation



Im cfd-Projekt Ndal – Stopp erarbeiten Jugendliche kurze Theaterstücke zum Thema geschlechtsspezifische Gewalt. Bei den Aufführungen diskutiert das Publikum mit, wie Szenen gewaltfrei verändert und verbessert werden können. Theater wird so als Methode für sozialen Wandel eingesetzt. Foto von Majlinda Hoxha

Mehr als 20 Jahre nach dem Krieg ist genderspezifische Gewalt in Bosnien-Herzegowina und Kosovo immer noch weit verbreitet. Studien zeigen, dass in Bosnien-Herzegowina eine von vier Frauen Gewalt erfährt. Die Täter sind in den meisten Fällen (71,5%) Partner oder Ex-Partner.

In Kosovo glaubt ein Drittel der Bevölkerung, dass physische Gewalt zu einer Ehe-Beziehung gehöre, dass häusliche Gewalt Familienangelegenheit sei und nicht bei der Polizei gemeldet werden solle. In 2014 erlebten schätzungsweise 41% der Frauen häusliche Gewalt, über die ganze Lebensspanne gesehen sind es 68% der Frauen. Armut ist ein wesentlicher Faktor, der zu häuslicher Gewalt führen kann. Auch sexuelle Belästigung ist in Kosovo weit verbreitet.

Sowohl Bosnien-Herzegowina wie auch Kosovo haben die Uno-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit unterzeichnet und für ihre Umsetzung Nationale Aktionspläne erarbeitet (NAP1325). Deren Implementation wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisch beobachtet. Ein zusätzliches wichtiges Instrument gegen häusliche Gewalt ist die Istanbul-Konvention, die konkreter und verbindlicher ist. In Bosnien-Herzegowina wird die erste Strategie zu ihrer Implementierung seit 2015 umgesetzt. Auch

in Kosovo wird die Istanbul-Konvention als wichtiges Instrument für die Bekämpfung aller Formen von Gewalt an Frauen angesehen. Leider besteht in beiden Ländern eine grosse Lücke zwischen dem Policy-Level und dessen Umsetzung im Alltag.

Projektfokus geschlechtsspezifische Gewalt

Partizipation, Sensibilisierung, Schutz und Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt ist ein wichtiger und starker Fokus in den cfd-Projekten. Im Projekt *Snaga – Stärke* in Bosnien-Herzegowina werden gewaltbetroffene Frauen im Frauenhaus und im Beratungszentrum psychologisch beraten und unterstützt. Die cfd-Partnerorganisation Medica Zenica unterhält ein aktives Netzwerk mit Polizei und anderen staatlichen Stellen, um Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen. Ausbildungskurse und psychosoziale Unterstützung in Dörfern ermöglichen Frauen, eine Arbeit zu finden und der Armut zu entkommen. Frauen können ihre Potenziale und Fähigkeiten nutzen und werden in der Gesellschaft sichtbar. Dadurch werden stereotypische Geschlechterrollen abgebaut und geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung verringert.

In Kosovo unterstützt das Projekt *Ndal – Stopp* gewaltbetroffene Frauen in der Verarbeitung der erlebten Gewalt durch Theater. Jugendliche setzen sich partizipativ in kreativen Prozessen mit Gewalt und stereotypischen Geschlechterrollen auseinander. Öffentliche Theatervorführungen der jugendlichen Projektteilnehmer_innen mit anschliessenden Diskussionen machen in Gemeinden auf das Problem geschlechtsspezifischer Gewalt aufmerksam.

Integration und Partizipation

Die cfd-Projekte in Südosteuropa sind bewusst offen für Teilnehmende verschiedener ethnischer Hintergründe. In den Projekten *Ndal – Stopp* und *Snaga – Stärke* werden gezielt Jugendliche und Frauen unterschiedlicher Ethnien, aus ruralem und urbanem Raum zusammengebracht. Dies schafft im Kleinen eine Basis, die für die ganze Gesellschaft und für den Zusammenhalt beider Länder wichtig ist.

Die cfd-Projekte zielen auf eine generelle Stärkung des psychischen Wohlbefindens und der Resilienz. Sie fördern die politische Partizipation von Frauen auf lokaler Ebene als Einstieg für weiteres politisches Engagement. Da beide Staaten im Nachkriegskontext fragil sind, respektive sich in Richtung eines gescheiterten Staates entwickeln, ist das Engagement der Zivilgesellschaft umso wichtiger. Im Rahmen der cfd-Projekte engagieren sich Frauen und Jugendliche gegen Gewalt und Diskriminierung. Die partizipativen Projekte ermöglichen ihnen neue Perspektiven. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Konflikttransformation und zur Friedensförderung.

[cfd – die feministische Friedensorganisation](#)

Jacqueline Salami

jacqueline.salami@cfd-ch.org

Programmverantwortliche Südosteuropa

[links](#)

- [cfd – die feministische Friedensorganisation](#)

- Kosovo Women's Network KWN (auf Englisch)
- Framework Strategy for the implementation of the convention on preventing and combating violence against women and domestic violence in Bosnia and Herzegovina (auf Englisch)

dossier

Mehr Dialog mit der Zivilgesellschaft



Vertreter_innen des OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions am OSZE-Ministerrat in Hamburg im Dezember 2016. Foto von der OSZE

Die OSZE ist Vorreiterin einer modernen, umfassenden Sicherheitsorganisation. Dissidentengruppen spielten seit 1975 eine prägende Rolle. Im 21. Jahrhundert hat sich zwar in der Wissenschaft die Erkenntnis durchgesetzt, dass der verstärkte Einbezug der Zivilgesellschaft für einen nachhaltigen Frieden förderlich ist. Gleichzeitig weht zivilgesellschaftlichen Akteuren heute in vielen autoritären Staaten ein rauer Wind entgegen, häufig schränken Gesetze ihr Engagement ein.

In der OSZE ist die Zivilgesellschaft seit jeher in der «menschlichen Dimension» gut eingebunden; bei politisch-militärischen oder wirtschaftlichen Themen besteht hingegen noch Nachholbedarf. Die Schweiz hat 2014 als OSZE-Vorsitz den Dialog mit der Zivilgesellschaft intensiviert und darf auf ihre Bilanz stolz sein, etwa auf die freiwillige Selbstevaluation ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen oder auf die Förderung der politischen Partizipation junger Menschen. Bei der Bewältigung von aktuellen Herausforderungen im OSZE-Raum wie Dschihadterrorismus oder den Folgen von Flucht

und Migration ist ein wirksamer Einbezug der Zivilgesellschaft und eine bürgernahe Politik unabdingbar.

Die Zivilgesellschaft besitzt seit 2010 mit der *Civic Solidarity Platform* (CSP) im OSZE-Raum über eine kräftige Stimme, die seither jedes Jahr beim *OSCE Human Dimension Implementation Meeting* sowie parallel zu den OSZE-Ministerratskonferenzen konkrete Empfehlungen an die OSZE-Teilnehmerstaaten abgibt. Ferner liefern seit 2013 im *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* über 80 Forschungsinstitute aus über 40 Ländern innovative Ideen und wirken so als Brückenbauer zwischen Akademie und Politik.

Mehr Dialog mit der Zivilgesellschaft fördert den Austausch und das Vertrauen im OSZE-Raum und ist damit, gerade in der heutigen Zeit multipler Krisen und neuer Herausforderungen, eine wichtige Ingredienz von Frieden und Stabilität in Europa. Die inklusive, konsensbasierte OSZE ist das ideale Bindeglied zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

[Center for Security Studies \(CSS\), ETH Zürich und OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions](#)

Christian Nünlist

nuenlist@sipo.gess.ethz.ch

Senior Researcher beim Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich und Ko-Koordinator des OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions

links

- [OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions \(auf Englisch\)](#)
- [Civic Solidarity Platform \(auf Englisch\)](#)

dossier

Vermitteln in erstarrten aber akuten Konflikten im Südkaukasus



Treffen der russischen, südossetischen und georgischen Delegationen im Februar 2016 in einem Zelt nahe des gesperrten Checkpoints an der Verwaltungslinie bei Ergneti (Georgien). Foto der OSZE

Dieser Artikel wurde von der Ausgabe 2/16 des Swiss Peace Supporter Journals übernommen (Seiten 14-16)

Georgien und Aserbaidschan sind zwei unterschiedliche Beispiele dafür, wie postsowjetische Unabhängigkeitskonflikte eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur in Schieflage bringen können. Ungelöste lokale Konflikte haben durchaus das Potential, eine Friedensordnung in Europa zu blockieren.

Der Süd-Kaukasus ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion anfangs der Neunzigerjahre von ungelösten Konflikten geprägt, jenen im Kontext von Georgien (Abchasien und Südossetien) und von Armenien und Aserbaidschan (Bergkarabach). Obwohl diese Konflikte vergleichbare Wurzeln in der stalinistischen Nationalitätenpolitik aufweisen, unterscheiden sie sich in Struktur, Intensität und Lösungsansätzen deutlich voneinander.

In Georgien geht es um die Sezession der zwei Gebiete Abchasien und Südossetien. Beide werden seit den Kriegen 1992 bis 1994 und 2008 durch Truppen Russlands geschützt bzw. aus georgischer Sicht besetzt. Georgien verurteilt die russische Besetzung und Anerkennung der beiden «Staaten» als Verletzung seiner territorialen Integrität und fordert die Reintegration der Gebiete. In diesem vertrackten Konflikt sind Fragen über den Status der Gebiete und damit der Friedenslösung tabu. Allerdings konnten aufgrund des Sarkozy-Medwedew-Abkommens vom September 2008 die «Geneva International Discussions» (GID) als dauerhaftes Format der Konfliktbearbeitung etabliert werden.

Diese «Geneva International Discussions» (GID) werden von einem Dreier-Gremium bestehend aus Repräsentierenden der EU, der UNO und mir, als Vertreter des deutschen OSZE-Vorsitzes, moderiert. Es nehmen jeweils Vertretende der russischen und der georgischen sowie der abchasischen und südossetischen Seite teil – wobei letztere von Georgien nicht als Konfliktparteien anerkannt werden. Die GID, welche bis März 2016

immerhin fünf-unddreissig Runden überstanden haben, befassen sich alle drei Monate in zwei Arbeitsgruppen mit Sicherheits- und humanitären Fragen. Einige davon sind sehr kontrovers und werden emotional behandelt; zum Beispiel die Rückkehr der Vertriebenen oder die Reisefreiheit für Abchasier_innen. Nicht selten kommt es zu einem «walk out», das heisst, Delegationsmitglieder stehen auf und verlassen den Raum. Auf technischer Ebene konnten jedoch wiederholt Vereinbarungen getroffen werden, etwa über die Bewässerung oder über den Kulturgüterschutz.

Zusammen mit der Monitoring Mission der EU moderiere ich auch den «Incident Prevention and Response Mechanism», kurz: IPRM. Beim IPRM treffen sich die russischen, südossetischen und georgischen Delegationen einmal im Monat in einem Zelt der OSZE, nahe bei einem gesperrten Grenzübergang. Mittlerweile haben in Ergneti bald siebzig dieser mehrstündigen Treffen stattgefunden. Dazu gehört auch eine «Telefon-Hotline», die häufig beansprucht wird. Oft geht es um illegale Übertritte der «administrativen Grenzlinie». Vor allem die lokale Bevölkerung leidet am meisten unter dem Konflikt. Immer wieder ringen wir um Lösungen, zum Beispiel damit Bauern ohne Risiko, verhaftet zu werden, ihre entlaufenen Kühe einfangen können. Besonders tragisch ist das Thema der Vermissten des Bürgerkriegs; um die-SES kümmert sich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz.

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach reicht in seiner aktuellen Ausprägung ebenfalls auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der früheren Sowjetrepubliken zurück. Der mehrheitlich von Armeniern bewohnte Bergkarabach (gebirgiger schwarzer Garten) erklärte sich nach einem militärischen Konflikt 1992 unabhängig von Aserbaidschan; die Auseinandersetzungen an der «line of contact» (Kontaktlinie) dauern bis heute an. Im Mai 2016 schien die Lage ruhig zu sein, was nicht heisst, dass sie stabil gewesen wäre. Seit der überraschenden Eskalation vom 2. bis 5. April 2016 und der mündlich zwischen den Konfliktparteien vereinbarten «Waffenruhe von Moskau» kommt es weiter täglich zu Verletzungen des Waffenstillstands. Am 28. und 29. April 2016 eskalierte der Konflikt erneut; die Einsatzbereitschaft der Truppen ist auf beiden Seiten alarmierend hoch.

Das regelmässige OSZE-Monitoring durch Botschafter Andrzej Kasprzyk, dem persönlichen Berater des OSZE-Vorsitzes für die Minsk Gruppe, hat durchaus vertrauensbildenden Charakter. Davon konnte ich mich anfangs Mai 2016 anlässlich eines Monitoringbesuchs unter Teilnahme des OSZE-Vorsitzes Deutschland selbst überzeugen. Es ist und bleibt jedoch ein symbolisches Instrument. Ein wirksamer OSZE-Mechanismus müsste Teil eines verstärkten Waffenstillstands sein, welcher das Monitoring mit einem Untersuchungsmechanismus verbinden würde.

Ein solches Konzept würde Aserbaidschan allerdings nur akzeptieren, wenn Armenien sich aus den an Bergkarabach angrenzenden sieben Distrikten zurückziehen würde. Armenien besteht jedoch auf der Festlegung des Status von Bergkarabach, bevor es zu Kompromissen auf anderen Gebieten bereit ist. Nach dem April-Krieg scheinen die beiden Seiten und Bergkarabach weiter von einem Kompromiss entfernt als zuvor; die seit zwanzig Jahren festgefahrenen Positionen haben sich weiter verhärtet. Für Friedensverhandlungen ist der Raum sehr eng geworden. Gleichzeitig drängt die Zeit, denn intensive Kriegshandlungen können jederzeit beginnen, zumal Frustrationen aber auch Ängste und Müdigkeit bei den betroffenen Bevölkerungen zugenommen haben.

In Georgien ist an eine Friedenslösung in absehbarer Zeit nicht zu denken. Vor diesem Hintergrund dient das Genfer Format (GID) der Stabilisierung der Lage in einer militärisch abgekühlten Region. Anders in Bergkarabach: dort liegen alle sechs Komponenten für einen nachhaltigen Frieden auf dem Tisch. Es gibt jedoch kein akzeptiertes Format für Verhandlungen, welches diese Prinzipien in einem strukturierten Prozess in einen Friedensvertrag einbauen würde. Stattdessen läuft der Konflikt an der Kontaktlinie regelmässig heiss. Georgien und Aserbaidschan sind zwei unterschiedliche Beispiele dafür, wie postsowjetische Unabhängigkeitskonflikte eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur in Schieflage bringen können.

[Sonderbeauftragter der OSZE für den Südkaukasus](#)

Botschafter Günther Bächler

guenther.baechler@eda.admin.ch

[links](#)

- [Krise der europäischen Sicherheitsarchitektur \(Ausgabe 2/2016 des Swiss Peace Supporter Journals, Seiten 14-16\)](#)
- [Aktuelle Ausgaben des Swiss Peace Supporter Journals](#)

dossier

Durch Dialog Ideen generieren und Verständnis schaffen

Die ukrainische Gesellschaft und Regierung sind verschiedener Meinung im Hinblick auf Lösungsstrategien und vorübergehende Massnahmen, was den seit vier Jahren andauernden Konflikt im Osten der Ukraine betrifft. Wie soll mit ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern umgegangen werden, die nicht im von der Zentralregierung kontrollierten Gebiet wohnen? Konstruktive Massnahmen, um diese Menschen weiterhin in das

Staatswesen der Ukraine einzubinden, finden selten Unterstützung, ja stossen mitunter auch auf Ablehnung. Dazu kommt eine breite Abneigung gegen die Minsker Friedensvereinbarungen. Die dort vorgesehenen Gesetze und Verfassungsänderungen zur Dezentralisierung und zum Sonderstatus, zum Lokalwahlgesetz und Amnestiegesetz werden von der Mehrheit als Kapitulation gemäss den von Russland diktierten Bedingungen empfunden. Angesichts des Drucks der Öffentlichkeit fällt es somit den Volksvertretern_innen im Parlament immer schwerer, sich für konstruktive Lösungen einzusetzen.

Um Raum und Verständnis für konstruktive Debatten und Diskussionen zu schaffen, wie mit dem Konflikt in der Ostukraine umgegangen werden soll, unterstützt die Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA eine öffentliche Dialogplattform. Darin diskutieren Parlamentarier_innen, Mitglieder der Regierung und Experten_innen aus der Zivilgesellschaft regelmässig über Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktlösung. Durch die Präsenz von Experten_innen aus anderen Konflikten (u.a. Nordirland, Transnistrien, Georgien) werden Erfahrungen ausgetauscht und Ideen generiert. Seit Anfang Jahr wurden folgende Themen besprochen: Peacekeeping, internationale Übergangsadministrationen und Handlungsmöglichkeiten von Regierung und Zivilgesellschaft im Hinblick auf eine Reintegration der Ostukraine.

[Abteilung Menschliche Sicherheit](#)

Matthias Bosshard

matthias.bosshard@eda.admin.ch

erfahren sie mehr darüber

Von der «romantischen Phase» zum «vulgären Instrument» – Die Entwicklung von Russlands Beziehung zur OSZE

Wird in diesen Tagen von der OSZE gesprochen, geht dies oft mit Russland und dessen Rolle im Ukraine-Konflikt einher. Die historische Komponente der Beziehung zwischen Russland und der OSZE wird dabei oft vernachlässigt. Wolfgang Zellner und Elena Kropatcheva haben die Entwicklung zwischen Russland und der OSZE genauer unter die Lupe genommen. Zellner im Jahr 2005 mit dem Artikel «Russia and the OSCE: From High Hopes to Disillusionment» und Kropatcheva 2015 mit «The Evolution of Russia's OSCE: Policy: From the Promises of the Helsinki Final Act to the Ukrainian Crisis». Wie sieht diese

Entwicklung gemäss diesen Artikeln aus? Und wie hat sie sich zwischen 2005 und 2015 verändert?

Russlands Einschätzung der OSZE war bis zur Jahrtausendwende grundsätzlich positiv. Kropatcheva beschreibt dies als kurze «romantische Phase» und Wellner als Russlands «positive Interessen» an der OSZE. So sei es Russland gewesen, das anfangs der 1990er Jahre den Vorstoss machte, die OSZE in eine abkommensbasierte internationale Organisation umzuwandeln, welche juristisch bindend und durchsetzbar sei sowie über einen – ähnlich wie der UN Sicherheitsrat – entscheidungsfähigen Exekutivrat verfügen soll. Die Hintergründe dieses Vorstosses waren sowohl gemäss Zellner als auch gemäss Kropatcheva vielseitig. So habe das Interesse der ehemaligen Sowjetunion darin bestanden, die Akzeptanz des politischen Status Quo in Europa zu erhalten, den Handel mit europäischen Staaten auszuweiten oder den Zugang zu westlichen Technologien zu ermöglichen. Ebenfalls ein zentraler Grund für diesen Vorstoss sei die Absicht einer Osterweiterung der NATO gewesen.

Auf die Hoffnung über eine solche abkommensbasierte Organisation folgte jedoch bald die Desillusion. Verschiedenste Interessenskonflikte führten zu einer Veränderung der OSZE-Politik von Russland. Der Autor und die Autorin nennen diesbezüglich erneut die Rolle der NATO als ausschlaggebend. So scheiterte die von der OSZE mit Einverständnis von Russland ausgesandte Kosovo Verification Mission (KVM) im Jahr 1999 und wich einem militärischen Schlag durch die NATO. Russland änderte daraufhin die Einstellung gegenüber der OSZE massgeblich. Man habe in der OSZE nicht länger die Chance einer gemeinsam europäischen Sicherheitspolitik gesehen, sondern betrachtete sie als Instrument der NATO, so Zellner. Der Autor und die Autorin nennen noch weitere Faktoren, die zum Politikwechsel Russlands führten: Beispielsweise der nach Ansichten Russlands mangelnde Schutz der russisch-sprachigen Minderheit in europäischen Ländern, die wahrgenommene Doppelmoral in Bezug auf die OSZE-Aktivitäten (gemäss Russland fokussierten sich die meisten Aktivitäten der OSZE auf post-sowjetische Staaten) oder die Vernachlässigung der politisch-militärischen und der wirtschaftlichen Dimension auf Kosten der menschlichen.

Zellner zieht das Fazit, dass die OSZE im Jahr 2005 von Russland als Agent of Change wahrgenommen wurde. Während Russland gescheitert sei, seine Interessen und seinen Einfluss zu verteidigen, sei es dem Westen gelungen den Einfluss auf Kosten Russlands zu erhöhen. Unter Anbetracht dieses Interessenkonflikts, sieht Zellner nur eine Chance, wie die OSZE bestehen kann: Russland müsse anerkennen, dass sich der fortwährende Wandel durch Kooperation mit dem Westen am besten meistern lasse. Genau hierfür könne die OSZE die Rahmenbedingungen bieten. Jedoch nur, wenn sich die OSZE selbst wandle: Weg von politisch-symbolischen Fokus hinzu einer Organisation, die transnationale Bedrohungen und Risiken adressiere. Gelingen der Wandel nicht, werde ihr Status marginalisiert und die OSZE bleibe wohl eine Stand-By-Organisation, welche möglicherweise nur bei Konflikten gebraucht werden könne.

Ist der OSZE dieser Wandel gelungen? Gemäss dem Artikel von Kropatcheva muss man dies, in Anbetracht der Entwicklungen in den Jahren 2005 bis 2015, eher verneinen. Die Farbrevolutionen in Georgien, der Ukraine und Kirgistan sowie die Verurteilung von Wahlfälschung in Russland und die Unterstützung von Anti-Regierungs-Protesten durch das OSZE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) habe die Kluft

zwischen OSZE und Russland zusehends vergrössert. Kropatcheva zitiert Vladimir Putin, der die OSZE 2007 ein «vulgäres Instrument», um ausländische politische Interessen einer Gruppe von Ländern zu fördern nannte. Mit dem Kaukasuskrieg 2008 und der Ukraine-Krise 2015 erreichte die Beziehung zwischen der OSZE und Russland weitere Tiefpunkte.

In genau diesen Krisen zeigt sich gemäss Kropatcheva auch, dass der von Zellner vorgeschlagene Rahmen zur Erkennung und Prävention von transnationalen Konflikten und der friedlichen Steuerung der Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten, gescheitert ist. Vielmehr sieht Kropatcheva die OSZE als eine (ähnlich wie von Zellner beschriebene Stand-By-)Organisation, die nur bei Konflikten zum Einsatz kommt. Doch genau in dieser Rolle lag nach Kropatcheva die Stärke der OSZE im Ukraine-Konflikt. So sei die OSZE der fairste Vermittler zwischen den Konfliktparteien und nur unter der OSZE sei es zu kooperativen Einverständnissen wie der Entsendung der Special Monitoring Mission in der Ukraine gekommen.

[swisspeace](#)

Flavio Dal Din

flavio.daldin@swisspeace.ch

Communications

[links](#)

- [Russia and the OSCE: From High Hopes to Disillusionment \(auf Englisch\)](#)
- [The Evolution of Russia's OSCE Policy: From the Promises of the Helsinki Final Act to the Ukrainian Crisis \(auf Englisch\)](#)

aktuell

KOFF Trägerorganisationen

MMS/aidsfocus.ch Konferenz 2018:

Geschlechtsspezifische Gewalt –

Herangehensweisen und Herausforderungen auf

Gemeinschafts- und nationaler Ebene

Am 2. Mai hat das Netzwerk Medicus Mundi Schweiz seine Jahreskonferenz in Bern zum Thema geschlechtsspezifische Gewalt abgehalten. Die Diskussion befasste sich mit den Grundursachen des Problems und realistischen Lösungsansätzen. Die Referenten_innen betonten, dass ein sektorübergreifender Ansatz nötig sei. Zudem habe die #MeToo-Bewegung mit dem Tabu in Bezug auf sexuelle Belästigung und Missbrauch gebrochen.

Trotzdem bleibt sexuelle Gewalt in vielen Ländern unsichtbar. Ein zerstörtes Gesundheitswesen bedeutet, dass Vergewaltigungsoffer die ganze physische und psychische Last alleine tragen müssen. Viele Überlebende haben auch keinen Zugang zu medizinischer und rechtlicher Hilfe, weil sie Angst haben, dass ihnen nicht geglaubt wird oder das Erlebte nicht ausreicht, um als Vergewaltigung zu gelten. Mitarbeitende von Hilfsorganisationen bleiben vor sexueller Belästigung und von Missbräuchen ebenfalls nicht verschont. Sexuelle Gewalt im Rahmen von Hilfsprojekten und der Entwicklungszusammenarbeit entstammt ungleicher Machtverhältnisse in Bezug auf Sexismus, Rassismus und globaler Machtstrukturen. Für eine nachhaltige Lösung müssen, neben einer Stärkung der Organisationsstrukturen, diese Grundursachen angegangen werden.

[Medicus Mundi Schweiz](#)

Carine Weiss

cweiss@medicumundi.ch

links

- [aidsfocus.ch](#)
- [Medicus Mundi Schweiz](#)
- [#AidToo: Sexual exploitation in international cooperation \(auf Englisch\)](#)

Geschlechterrollen in den Religionen

Die interreligiöse Fachtagung von Mission 21 am 5. März 2018 zum Thema Geschlechterrollen in den Religionen stiess auf grosses Interesse.

Der Psychologe und Islamismus-Experte Ahmad Mansour fragte, weshalb junge Männer im Namen der Ehre gewalttätig werden oder sich radikalieren. Untersuchungen solcher Fälle zeigten Gemeinsamkeiten, wie z.B. ein patriarchales Elternhaus, eine fehlende Vaterfigur und Ausgrenzung in der Schule. Die Muster seien bei Rechtsradikalen ähnlich. Es handelt sich nicht primär um religiöse, sondern um psychologische Probleme. Die jungen Menschen suchen in solchen Gesinnungen Halt. Darum brauche es andere Angebote, um die Jugendlichen abzuholen: Prävention, Unterstützung der Familien, Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen und das Aufbrechen von sexuellen Tabus.

Das Referat der Islamwissenschaftlerin Esma Isis-Arnautovic erörterte das Thema Islam und Körperlichkeit. Grundlegend seien Geschlechtsneutralität, die Körperlosigkeit Gottes und eine positive Wertung der menschlichen Leiblichkeit. Differenziert stellte sie konkrete Themen wie Reinheit, Menstruation, Kleidung, Sexualität und Scham dar. SRF-Sternstunde Religion-Moderatorin Amira Hafner-Al Jabaji betonte die Bedeutung nicht-religiöser Faktoren für die Geschlechter-Rollen in islamisch geprägten Kulturen.

Die Veranstaltung zeigte, dass Geschlechterrollen und das Patriarchat nicht primär auf einzelne Religionen, sondern auf ein kompliziertes Zusammenspiel aus Kultur, Wirtschaft und Geschichte zurückgehen. Der Psychologe Ahmad Mansour sagte zum Schluss: «Ich beobachte, dass die Debatte sehr polarisiert und moralisierend geführt wird. Einerseits

werden Religionen und insbesondere der Islam oft als unterdrückendes Übel verteufelt. Auf der anderen Seite gibt es eine Multikulti-Naivität, die problematische religiöse Inhalte und Praktiken verharmlost.» Es bleibt eine wichtige Aufgabe, hilfreiche wie schwierige Wirkungen von Religionen hinsichtlich der Geschlechter-Rollen differenziert wahrzunehmen.

Mission 21

Dr. Detlef Lienau

Detlef.Lienau@mission-21.org

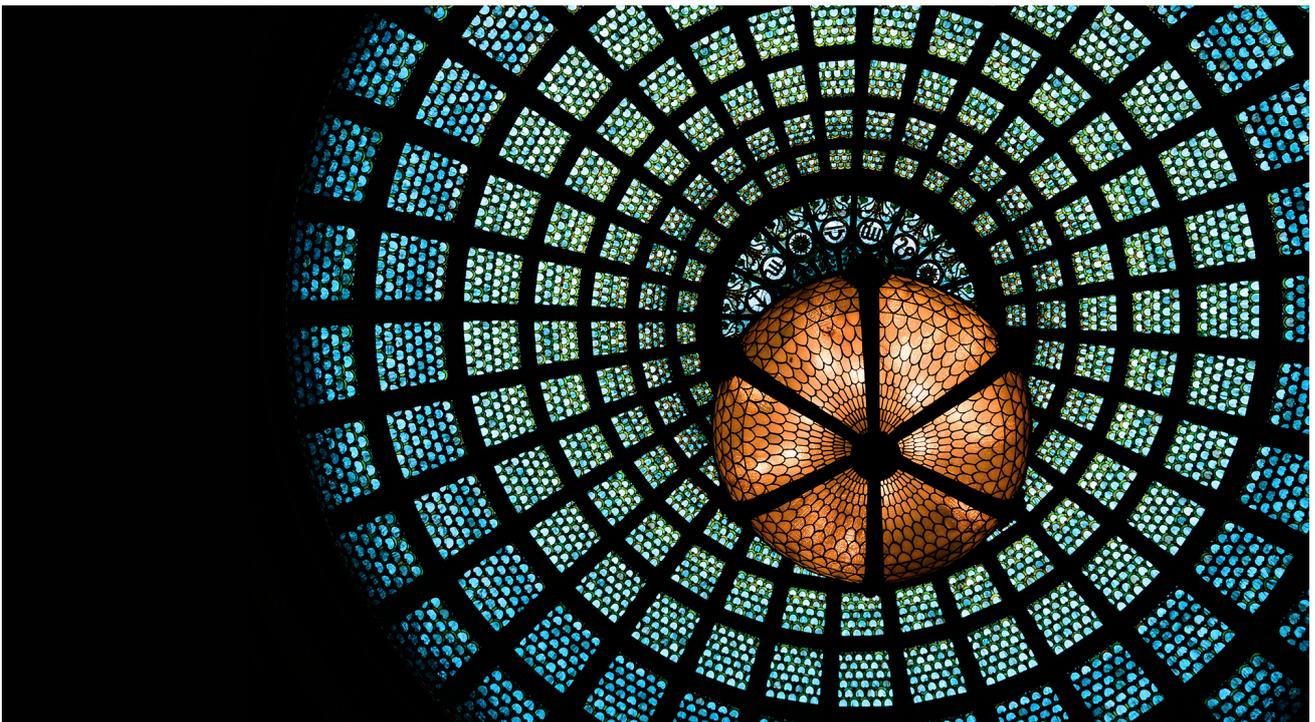
Studienleiter

links

- [Mission 21](#)

aktuell

swisspeace / KOFF



Chicago Cultural Center © 2011 Kelly Sandos. flickr creative common

Nachdiplomstudium in ziviler Friedensförderung

Welche Wirkung hat die Friedensförderung? Welche Herausforderungen stellen sich bei der Arbeit in fragilen Kontexten? Wie und mit welchen Folgen verändern sich Geschlechterrollen während eines Konfliktes? Wann und wie kann Mediationsarbeit Konflikte entschärfen? Wie können schwerste Menschenrechtsverletzungen und Verstöße

gegen das humanitäre Völkerrecht verarbeitet werden? Wie kann aus einer «Kriegswirtschaft» ein dem Frieden zuträgliches Wirtschaftssystem entstehen?

Diese Fragen stehen beim CAS in ziviler Friedensförderung Essentials im Fokus. Die berufsbegleitende Weiterbildung von swisspeace bringt Teilnehmende auf den neusten Stand in ausgewählten Bereichen der zivilen Friedensförderung und bietet Schulung in praktischen Methoden. Er richtet sich an Berufstätige und Akademiker_innen, die sich für Friedensförderung und die Arbeit mit und in Konflikten interessieren und aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung mit Praxiserfahrung verbinden möchten.

Der CAS findet vom September 2018 bis August 2019 statt und ist ein Modul des Master of Advanced Studies (MAS) in ziviler Friedensförderung der Universität Basel und swisspeace.

[swisspeace](#)

swisspeace academy
academy@swisspeace.ch

[links](#)

- [Weitere Informationen \(auf Englisch\)](#)
- [Anmeldung bis zum 30. Juni \(auf Englisch\)](#)

Desk Study: Friedensperspektiven in der Migration

Als Reaktion auf das à propos Magazin zum Thema «Migration und Friedensförderung» hat das Amt für Menschliche Sicherheit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten swisspeace mit einem Mandat beauftragt, den Nexus zwischen Migration und Frieden weiter zu untersuchen. Das Resultat ist eine «Desk Study», welche die aktuelle Literatur und Debatte zum Thema konfliktbedingte Migration und Friedensförderung zusammenfasst. Dadurch trägt sie zu einem besseren Verständnis von Chancen und potentiellen Grenzen des Friedens- und Migrationsnexus bei.

Die aktuellen Massnahmen in Bezug auf Migration beinhalten mehrheitlich kurzfristige Lösungsansätze, wie eine frühzeitige Rückkehr von Vertriebenen in ihr Heimatland. Daraus folgt seitens der Politik, den Medien und der Gesellschaft eine Sichtweise, wonach Migration etwas Unerwünschtes und Vorübergehendes ist. Die fehlende Langzeitperspektive beeinflusst den lokalen, regionalen und internationalen Frieden und die Stabilität. Daher gilt es den Zusammenhang zwischen konfliktbedingter Migration und Frieden besser zu verstehen, um zu verhindern, dass Konflikte erneut ausbrechen und um Stabilität und Frieden zu garantieren.

Einerseits kann der Miteinbezug von Migration in die Friedensförderung, diese profilieren. Ein vertieftes Wissen über die Ursachen, Treiber und Dynamiken von konfliktbedingter Migration kann für die Friedensförderung einen Mehrwert schaffen, indem ein Verständnis für den Einfluss von Migration auf Friedensförderungsprozesse und den (Konflikt-)Kontext und umgekehrt geschaffen wird und indem Friedensförderungs-Instrumente und Methoden entsprechend angepasst werden. Andererseits kann die Friedensförderung durch ihren

ganzheitlichen und konflikt sensitiven Ansatz die Migrationsforschung und -Praxis verbessern und zu umfassenderen Migrationsmassnahmen beitragen. Insbesondere in den Bereichen Prävention von konfliktbedingter Migration, sowie Einbezug von Vertriebenen in Friedens- und Vergangenheitsbewältigungsprozesse, hat die Friedensförderung grosses Potential und ist somit ein politisch relevanter Mehrwert für das internationale System der «Global Migration Governance».

[swisspeace](#)

Andrea Grossenbacher

Andrea.Grossenbacher@swisspeace.ch

[links](#)

- [à propos zu Migration und Friedensförderung](#)
- [Die Studie wird in Kürze hier veröffentlicht](#)

KOFF-Trägerversammlung 2018

Am 30. Mai fand die jährliche KOFF-Trägerversammlung statt. Dort wurde unter anderem der KOFF-Jahresbericht 2017 präsentiert. Der thematische Teil befasste sich mit der Agenda 2030. KOFF engagiert sich in der Plattform Agenda 2030 – ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Frieden, Umwelt, Menschenrechte, nachhaltiges Wirtschaften, Gender und Gewerkschaften. Die folgenden Fragen wurden behandelt: Wie finden die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030, insbesondere Ziel 16 zu Frieden und Gerechtigkeit, Eingang in die Schweizer Verwaltung und Politik? Welche Bedeutung haben die SDGs für die Arbeit der zwei staatlichen KOFF Träger, AMS und DEZA, und wie wird die Agenda 2030 im Schweizer Parlament diskutiert? Welche Chancen bieten sich für zivilgesellschaftliche Initiativen aus der KOFF Trägerschaft, an diese Prozesse und Debatten anzuknüpfen, und wo sind die Grenzen?

[swisspeace](#)

Anna Leissing

Anna.Leissing@swisspeace.ch

[links](#)

- [KOFF-Jahresbericht 2017](#)
- [Plattform Agenda 2030](#)

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

März 2018 – Oktober 2018

Genf, Schweiz

[Weltreise Rotes Kreuz geht nach Genf](#)

Die Ausstellung «Destination Croix-Rouge» im Maison du futur in Genf lädt auf eine Reise durch Katastrophengebiete ein. Mit der Ausstellung möchte das Rote Kreuz die betroffenen Länder und Personen vorstellen und die Möglichkeiten aufzeigen, wie Katastrophen vorgebeugt und Risiken reduziert werden können.

[weitere Informationen](#)

5. Juni 2018

Bern, Schweiz

[Filmabend – Landraub in Kambodscha](#)

In dem Film dokumentiert Regisseur Mehdi Sahebi den Landraub durch Plantagenbesitzer und dessen Folgen für die lokale Bevölkerung. Im Anschluss an den Film gibt es Raum für Fragen und Diskussion mit dem Regisseur und weiteren Gästen.

[weitere Informationen](#)

10. Juni 2018

Zürich, Schweiz

[Abschlussfest der Kampagne «Farbe bekennen»](#)

Mit der Kampagne «Farben bekennen» wollen HEKS und über 180 Kampagnenpartner der Stimme der Menschlichkeit in der Schweiz Gehör verschaffen. So soll die Kampagne zu einer konstruktiven Diskussion rund um Flüchtlinge und einer solidarischen Asylpolitik beitragen.

[weitere Informationen](#)

22. Juni, 2018

Basel, Schweiz

[Dialog International: Wie weiter im Südsudan?](#)

Seit 2013 wütet ein Bürgerkrieg im Südsudan. Im Missionshaus in Basel findet hierzu eine Veranstaltung der Serie «Dialog International» statt. Referenten_innen und Gäste werden über die Rolle der Kirche im Südsudan diskutieren sowie über das Potential des Aktionsplans für den Frieden

[weitere Informationen](#)

September 2018 – August 2019

Basel, Schweiz

[Certificate of Advanced Studies \(CAS\) in Civilian Peacebuilding Essentials](#)

In diesem Kurs beschäftigen Sie sich mit den Herausforderungen von Mediatoren_innen während Friedensverhandlungen und der Förderung von Dialogen. Zudem werden Sie in ihrem eigenen Verhandlungs- und Mediationsgeschick geschult.

[weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis zum 30. Juni 2018](#)

10. – 14. September 2018

Basel, Schweiz

[Dealing with the Past & Conflict Transformation Kurs](#)

Ein Faktor, um einen nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist oft die angemessene Bewältigung der Vergangenheit. In diesem Kurs lernen Sie die Herausforderungen und Potentiale des Entwurfs und der Implementation von Vergangenheitsbewältigungsprozessen kennen.

[weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. Juni 2018](#)

24. – 26. Oktober 2018

Basel, Schweiz

[Fragility, Conflict & Statebuilding Kurs](#)

Wie kann man mit Instabilität umgehen und Staaten aufbauen? Dieser Frage widmet sich der Kurs «Fragility, Conflict & Statebuilding». Der Fokus liegt dabei auf den konzeptionellen, politischen und umsetzungsbezogenen Herausforderungen des Staatsaufbaus in fragilen und konfliktbehafteten Kontexten.

[weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 31. Juli 2018](#)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Amélie Lustenberger, Flavio Dal Din
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	OSZE-Mission in der Ukraine 2015. Foto der OSZE

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
APRED	GSoA	Peace Nexus Foundation
artasfoundation	HEKS	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Transformation and	Frauenbund
der Veränderung	Peacebuilding	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfp	IFOR-Schweiz	SCI Schweiz
DCAF	Interpeace	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hirondelle	medico international schweiz	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	mission 21	Development
Frauen für den Frieden	miva Schweiz - transportiert	SWISSAID
Schweiz	Hilfe	Terre des Femmes Schweiz
Gesellschaft für bedrohte	Palmyrah	terre des hommes schweiz
Völker		